

Wohlstand für alle durch Einkommen für alle?

Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert

VON PROF. GÖTZ W. WERNER, LUDWIG
PAUL HÄUBNER UND ANDRÉ PRESSE
Interfakultatives Institut für
Entrepreneurship (IEP)

Die Motivation für diesen Beitrag bilden für jeden Zeitgenossen wahrnehmbare Phänomene. Wir verzeichnen Überfluss in den Warenregalen des Handels und gleichzeitig von engagierten Bürgerinnen und Bürgern organisierte Tafeln [1], weil die Einkommenssituation von Millionen Menschen prekär ist. Dadurch leidet auch die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung für unsere freiheitlich verfasste Gesellschaft mit dem Staatsverständnis eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats. Ludwig Erhards Buch Wohlstand für alle stand als das Motto für diese Wirtschaftsordnung. Hierin ist die Unternehmerfunktion von zentraler Bedeutung. Ziel ist Wohlstand für alle. Dieser Beitrag soll aufzeigen, in welcher Weise dies heute durch Einkommen für alle (Werner 2007) [2] realisierbar ist.

„... So wollte ich jeden Zweifel beseitigt wissen, dass ich die Verwirklichung einer Wirtschaftsverfassung anstrebe, die immer weitere und breitere Schichten unseres Volkes zu Wohlstand zu führen vermag. Am Ausgangspunkt stand da der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkaufkraft die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden.“

Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine dünne Oberschicht, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitativ sehr breite Unterschicht mit unzureichender Kaufkraft gekennzeichnet.

Die Neugestaltung unserer Wirtschaftsordnung musste also die Voraussetzungen dafür schaffen, dass dieser einer fortschrittlichen Entwicklung entgegenstehende Zustand und damit zugleich auch endlich das Ressentiment zwischen 'arm' und 'reich' überwunden werden konnten. Ich habe keinerlei Anlass, weder die materielle noch die sittliche Grundlage meiner Bemühungen mittlerweile zu verleugnen. Sie bestimmt heute wie damals mein Denken und Handeln.“ (Ludwig Erhard, „Wohlstand für alle“, S. 7)

Moderne Gesellschaften sind auf den Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit errichtet. Eine genauere Befassung mit diesen Prinzipien legt die Frage nahe: In welchem Verhältnis stehen die drei Grundsätze zueinander? Wie lassen sie sich gemeinsam verwirklichen?

- Freiheit ist das Ordnungsprinzip von Kultur, Wissenschaft, Kunst und Religion sowie des gesamten Bildungswesens (Pressefreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung etc.).
- Gleichheit ist das Ordnungsprinzip des Rechtslebens: der Bürger- und Menschenrechte, der demokratischen Mitwirkung an der staatlichen Willensbildung sowie der privaten Vertrags- und Vereinigungsfreiheit in Kultur und Wirtschaft (Gleichheit aller vor dem Gesetz).
- Brüderlichkeit ist das Ordnungsprinzip des Wirtschaftslebens (Wechselseitigkeit in den Austausch- und Kaufbeziehungen, ‚funktionale‘ Brüderlichkeit durch realwirtschaftlich gegenseitige Versorgung im Rahmen eines arbeitsteiligen Wirtschaftslebens; ‚einer trage des anderen Last‘) sowie einer Ein-

kommens- und Vermögensverteilung mit dem Ziel, alle Menschen an der Produktivität der arbeitsteiligen Wirtschaft so teilhaben zu lassen, dass ein Leben in Würde möglich ist (Art. 1 GG).

Kultur, Staat und Wirtschaft entfalten sich nach unterschiedlichen Ordnungsprinzipien und nach eigenen Gesetzmäßigkeiten. Sie sind aber auch aufeinander angewiesen: Von einem blühenden Kulturleben können dem Staat und der Wirtschaft immer wieder neue Ideen und fähige Menschen zufließen; von einem gesunden Wirtschaftsleben können durch Steuern und Spenden Staat und Kultur finanziert und materiell ermöglicht werden; nur ein unabhängiges Rechtsleben kann ein Kulturrecht und ein Wirtschaftsrecht schaffen und durchsetzen, das im Kulturwettbewerb immer wieder die Freiheit jeder Persönlichkeit sichert und im Wirtschaftsleben gemeinschaftsschädigende Interessenverfolgung begrenzt.

Das Verständnis hierfür erwächst aus der Erkenntnis, dass wir es bei einer Gemeinschaft von Menschen nicht mit Teilen eines sozialen Mechanismus sondern mit Gliedern eines sozialen Organismus zu tun haben.

Denken in Ordnungen und das Verhältnis der Teilordnungen untereinander

Im natürlichen Organismus behindert die Krankheit eines Organs den gesamten Organismus. Ähnlich ist es im Sozialen: Organe müssen von ihrer Aufgabe für das Ganze her verstanden werden. Sinn der Produktion ist die Konsumtion und damit die Ermöglichung der kulturellen Entwicklung des Menschen. Das Wirtschaftsleben ist die finanzielle Basis und liefert die Mittel, das

Kulturleben materiell zu fundieren: Die produzierten Waren und Dienstleistungen werden konsumiert. Umgekehrt ist auch das Kulturleben Produzent, indem es die Menschen befähigt, in der Wirtschaft und der Gesellschaft zu wirken.

Das Rechts- und Staatsleben gestaltet den Rahmen, innerhalb dessen die Menschen sich kulturell und wirtschaftlich subsidiär - in vormodernen Gesellschaften hierarchisch - entfalten. Der Staat gibt der Wirtschaftstätigkeit das Regelwerk und dem Geistesleben Freiraum. Er schafft die rechtsstaatlichen Voraussetzungen für Machtfreiheit [3], verhindert Ausbeutung und sichert so die Gegenseitigkeit (Prinzip der Brüderlichkeit) wirtschaftlicher Transaktionen, zum Beispiel durch das Markt-, Wettbewerbs- und Kartellrecht. Die Wirtschaft nutzt Fähigkeiten, um ökonomische Werte zu schaffen. Die Kultur verbraucht ökonomische Werte, um Fähigkeiten zu generieren, die wiederum in das Wirtschaftsleben einfließen. Das Staats- und Rechtsleben als dritte Teilordnung ist die ordnende Potenz [4].

Die Missachtung der Erkenntnisse der Freiburger Schule führt heute dazu, dass sich private und staatliche Macht gegenüber dem Einzelnen ausbreiten. Seien es willkürlich steigende Energiepreise, menschenunwürdige bürokratische Maßnahmen gegenüber Millionen von Arbeitslosen bei nur einer Million offener Stellen oder steigende Anforderungen bei sinkenden Reallöhnen auf einem Arbeitsmarkt, der trotz immer weiter steigender Produktivität nicht mehr, sondern weniger Freiraum für kulturell-geistige Entfaltung ermöglicht. Die dank technologischen Fortschritts erzielten Überschüsse werden aus Gründen finanzieller Rendite nicht ausreichend für die kulturelle Entwicklung - zum Beispiel für Familie und Bildung - verwendet. Der Kulturbereich wirft keine oder kaum eine betriebswirtschaftlich messbare Rendite ab. Der Ertrag in Form langfristiger Fähigkeitenbildung und Fundierung kultureller Entwicklung einer Gemeinschaft birgt die höchste, aber eine betriebswirtschaftlich nicht messbare Rendite. Die zunehmend einseitige Gewichtung der betriebswirtschaftlichen Gewinnmaximierung ist Hinweis auf die Unterfunktion des Staates bei Ausübung seiner rahmenset-

zenden Aufgabe im Wirtschaftsleben. Kein Zweifel: Gewinn muss sein. Realwirtschaftlich gesehen ist er aber Mittel zum Zweck der Erfüllung der Aufgabe eines Unternehmens - das Angebot immer besserer und günstigerer Waren und Dienstleistungen für die Kunden - und nicht das Ziel unternehmerischer Tätigkeit.

Initiative weckende Rahmenbedingungen schaffen

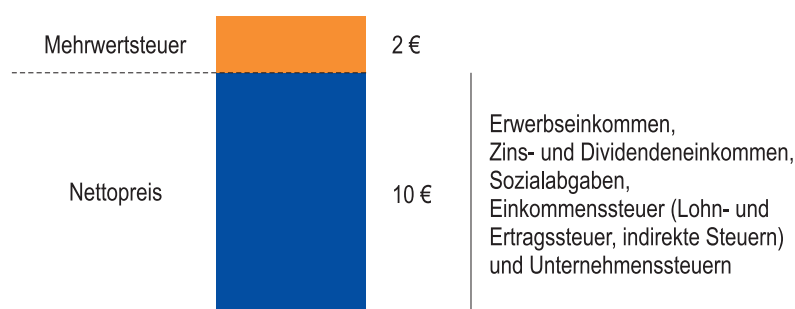
Im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft heißt dies, Initiative weckende Rahmenbedingungen zu schaffen: Initiative fördern und dafür sorgen, dass jeder davon partizipiert. Die Soziale Marktwirtschaft ist so ein Gegenentwurf sowohl zu kommunistischer Planwirtschaft, in der das Nichterwerben von Eigentum am Ergebnis wirtschaftlicher Leistungen die Initiative lähmt, als auch zu einem Kapitalismus der Bereicherung einiger weniger auf Kosten vieler, denen durch quasi-feudale Vermögensstrukturen der Freiraum für eigenständige Entwicklungsmöglichkeit genommen wird (s. Eingangszitat). Im Programm der CDU von 1947 heißt es mit Blick darauf: „Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muss davon ausgehen, dass die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist. Es muss aber ebenso vermieden werden, dass der private Kapitalismus durch Staatskapitalismus ersetzt wird, der noch gefährlicher für die politische und wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen sein würde. Es muss eine neue Struktur der Wirtschaft gesucht werden, die die Mängel der Vergangenheit vermeidet, und die Möglichkeit zu technischem Fortschritt und zur schöpferischen Initiative des Einzelnen lässt.“ Ludwig Erhard schreibt mit Blick auf Kommunismus und Kapitalismus 1948: „Jedes System, das dem Individuum nicht in jedem Falle die freie Berufs- und Konsumwahl offen lässt, verstößt gegen die menschlichen Grundrechte und richtet sich, wie die Erfahrung lehrt, zuletzt gerade gegen diejenigen sozialen Schichten, zu deren Schutz die künstlichen Eingriffe gedacht waren.“

Auch in Bezug auf die Gefahr von Experimentgläubigkeit und Manipulation äußert sich Erhard (1962) vor dem Hintergrund seiner

Erfahrungen unmissverständlich: „Wir sollten uns nicht so gebärden, als ob das Erkennen volkswirtschaftlicher Zusammenhänge nur den Gralshütern vorbehalten bliebe, die sich auf der einen Seite wissenschaftlich, auf der anderen Seite demagogisch ihre verhärteten Standpunkte vortragen. Nein, jeder Bürger unseres Staates muss um die wirtschaftlichen Zusammenhänge wissen und zu einem Urteil befähigt sein, denn es handelt sich hier um Fragen unserer politischen Ordnung, deren Stabilität zu sichern uns aufgegeben ist.“ [5] Wie aber kann sich eine gemeinschaftliche Meinung von wirtschaftlichen Zusammenhängen bilden?

Leistungsentnahme statt Leistungsbeitrag besteuern

In einer Selbstversorgungswirtschaft ist es sinnvoll, die realen Leistungserträge der Menschen zu besteuern: Wer viel hat und am besten für sich selbst sorgen kann, kann am besten zum Gemeinwesen beitragen. Da die Menschen durch Arbeitsteilung heute jedoch ihre Leistung ausschließlich für andere erbringen und jeder von den Leistungen anderer lebt, ist es nicht mehr zeitgemäß, die realwirtschaftliche Leistung oder ihre nominelle Vergütung zu besteuern und damit dasjenige zu hemmen, was Wohlstand und Wohlfahrt befördert. Die Leistungserbringung ist in der Fremdversorgung nicht mehr die geeignete Grundlage der Besteuerung. In einer Fremdversorgungswirtschaft trägt der „Starke“ heute durch seine Leistung im Rahmen wirtschaftlicher Betätigung zum Allgemeinwohl bei. Initiative muss von fiskalischen Belastungen befreit werden, damit Leistung ungehindert entfaltet werden kann. Im Rahmen der Arbeitsteilung werden alle Kosten des Produktionsprozesses - einschließlich aller Steuern - von den Kunden getragen - sie sind die Auftraggeber der Leistung. Eine Konsumbesteuerung (in Form der Mehrwertsteuer) macht die realen Verhältnisse transparent. Steuern verzerren dann nicht mehr den Produktionsprozess, wie durch einseitige Belastung des Produktionsfaktors Arbeit bei gleichzeitigen Abschreibungsmöglichkeiten des Produktionsfaktors maschinelle Arbeit. Besteuerungsgrundlage ist



▲ **Abb. 1: Nettopreis, Mehrwertsteueraufkommen und Gesamtpreis im Status Quo**

die gesamte Wertschöpfung - und die Wertschöpfungsbestandteile entsprechend ihrem Anteil an der Wertschöpfung.

Ein häufig vorgetragenes Argument gegen eine Konsumsteuer ist, dass sie jene Bevölkerungsschichten benachteilige, die einen hohen Anteil ihres Einkommens für Konsum ausgeben und somit am stärksten betroffen sind. In absoluten Zahlen tragen jedoch einkommensstarke Bevölkerungsteile durch verhältnismäßig viel Konsum stärker zum Mehrwertsteueraufkommen bei. Um die Konsumsteuer auch für einkommensschwache Haushalte sozial ausgewogen zu gestalten, ist sowohl eine Staffelung durch unterschiedlich hohe Sätze möglich als auch die Übertragung des Prinzips des Einkommenssteuerfreibetrages auf die Konsumsteuer notwendig. In der Einkommensbesteuerung sichert der Einkommenssteuerfreibetrag die Steuerfreiheit des soziokulturellen Existenzminimums. Um dies für die Konsumbesteuerung sicherzustellen, ist die hierfür zu erwartende Steuerbelastung an den Bürger auszuführen. Im *Karlsruher Transfer Nr. 35* erschien die Arbeit „Wohlfahrtswirkungen eines konsumsteuerfinanzierten bedingungslosen Grundeinkommens“ von Martin Barbie, Tobias Lindner und Clemens Puppe. Die drei Autoren zeigen in einer präzisen Analyse, „dass ein bedingungsloses Grundeinkommen im einfachst möglichen ökonomischen Modell unzweideutig negative Wohlfahrtswirkungen nach sich zieht.“ Von großem Interesse dürfte die Frage sein, wie dieses Ergebnis im Rahmen eines Makro-Modells der folgenden Art zu sehen ist:

Alle Steuern bis auf die Mehrwertsteuer fallen (schrittweise) weg. Auf das dadurch (bei Wettbewerb) stark sinkende Preisniveau wird ein Mehrwertsteuersatz erhoben,

bei dem das ursprüngliche Preisniveau nicht übertroffen wird.

Das Grundeinkommen und die übrigen staatlichen Ausgaben werden in Höhe der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer finanziert.

Die folgenden Überlegungen verdeutlichen, warum die Finanzierung des Grundeinkommens aus der Mehrwertsteuer nicht zu einer Erhöhung des Preisniveaus führen muss. Zur besseren Verständlichkeit wird ein Zahlenbeispiel gewählt. Hierzu wird ein Produkt im Wert von 10 € Nettopreis - bei einer Einfachheit halber unterstellten Mehrwertsteuersatz in Höhe von 20 Prozent - zu einem Bruttopreis von 12 € verkauft (s. Abb. 1).

Die Abbildung veranschaulicht: Im Nettopreis sind sämtliche Kosten der Wertschöpfung enthalten. Im volkswirtschaftlichen Abrechnungsstrom lösen sich alle Preise in Einkommen auf: entweder in Erwerbseinkommen, Zins- und Dividendeneinkommen oder Transfereinkommen.

1. Schritt

Wird der Mehrwertsteuersatz erhöht und wird aus den dadurch erhöhten Einnahmen ein Teil zur Finanzierung der Sozialkassen (Rentenkassen, Krankenkassen und Arbeitslosenkasse) genommen, dann sinken die Beiträge zur Sozialversicherung, wie zum Beispiel im Jahr 2007 der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,3 und schließlich 3,3 Prozent. Hierdurch kommt es in der Volkswirtschaft zu einer finanziellen Entlastung des Faktors Arbeit. Das fördert die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik und den Strukturwandel auf dem Weg in eine nachindustrielle Tätigkeitsgesellschaft. Dies ist eine der Ur-

sachen für die positive wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2007. Im grenzüberschreitenden Handel wurden Waren und Dienstleistungen „Made in Germany“ dadurch wettbewerbsfähiger.

Dieser Effekt wird beispielsweise von Rose und Uhlig [6] beschrieben. Schematisch und vereinfachend ist in Abbildung 2 dargestellt, wie eine in unserem Beispiel von 2 auf 3 € erhöhte Mehrwertsteuer wirkt. Das Preisniveau bleibt gleich, wenn sie zur entsprechenden Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und damit der Lohn(neben)kosten genutzt wird. In unserem Beispiel ergibt sich daraus ein auf 33,3... % gestiegener Mehrwertsteuersatz.

Aus der Abbildung geht hervor, dass sich das Verhältnis von Mehrwertsteueranteil und „Nettopreis“ verändert hat, dabei aber der Gesamtpreis gleichgeblieben ist.

2. Schritt

Durch die Einführung eines Grundeinkommens würde der Produktionsfaktor Arbeit nicht nur von den Lohnnebenkosten, sondern auch von Teilen der Kosten für die Löhne selbst entlastet werden können. [7] Wird das Grundeinkommen substitutiv ausgezahlt (Werner 2005), sinken Nettolöhne und Transferzahlungen (Arbeitslosengeld, Renten, Kindergeld) um den Betrag des Grundeinkommens. Alle übrigen Größen bleiben - in der statischen Betrachtung - gleich. Abbildung 3 verdeutlicht, wie das Grundeinkommen als Sockel zur Verbilligung des Produktionsfaktors Arbeit [8] bei gleichzeitigem Einkommenserhalt beiträgt. Damit wird Arbeit auch in jenen Tätigkeitsbereichen erschwinglicher, die sich nach betriebswirtschaftlich-industriellen Maßstäben nicht rechnen oder sich nicht berechnen lassen, wie Familienarbeit, Erziehungsarbeit, Lernarbeit, sozial-karitative Arbeit und kulturell-kreative Arbeit.

Das Grundeinkommen wird mit Einnahmen aus der Konsumsteuer (Mehrwertsteuer) finanziert. Es stellt einen finanziellen Sockel dar auf dessen Grundlage menschliche Arbeit in automatisierbaren wie nicht-automatisierbaren Tätigkeitsfeldern ermöglicht wird. Das Teilungsverhältnis in privaten und öffentlichen Konsum (zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben) wird auf diese Weise

transparent. Das derzeitige, aus direkten Einkommens- und Ertragssteuern und indirekten Steuern sowie Verbrauchssteuern bestehende Steuerwesen ist komplex, damit intransparent und widersprüchlich (Spindler 2007). [9]

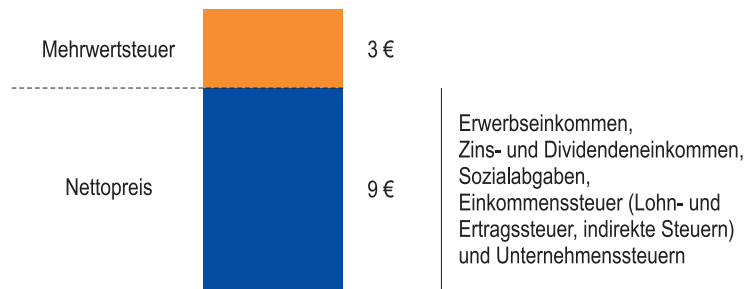
Wie die Ersetzung der Einkommensteuer durch die Konsumsteuer befreiend auf die Arbeit aus selbstbestimmter - durchaus marktgerichteter - Initiative wirkt, macht das Grundeinkommen frei zur Ausübung insbesondere jener Tätigkeiten, die nicht oder nur eingeschränkt nach objektiven betriebswirtschaftlichen Kriterien vergütet werden können.

Bei einer Umgestaltung des derzeitigen Steuerwesens in Richtung Konsumsteuer sind sowohl kleinere Schritte als auch größere Sprünge möglich. Auf diese Weise kann die Transformation länger oder kürzer dauern. Die positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und Außenhandel sind schon durch die in 2007 vorgenommene Mehrwertsteuererhöhung ersichtlich.

Die Handelspartner des deutschen Außenhandels müssen - wie dies an der Reaktion Frankreichs auf die in 2007 durchgeführte Erhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland zu beobachten ist - dieser Entwicklung über kurz oder lang folgen. Der Mehrwertsteuersatz kann in der skizzierten Weise weiter angehoben werden und die übrigen Steuern und Sozialabgaben als Belastungen des Produktionsfaktors Arbeit ersetzen.

Die Mehrwertsteuer stellt mit Einnahmen von voraussichtlich 180 Milliarden € in 2008 den größten Einnahmeposten für die öffentliche Hand dar. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer liegen im gleichen Zeitraum bei etwa 140 Mrd. € (BMBF 2007). Mit welcher Rechtfertigung kann den Bürgern ein Freibetrag für jene Steuer vorenthalten werden, mit der die öffentliche Hand die meisten Einnahmen erzielt?

In der Einkommensbesteuerung kann der Freibetrag als „steuerfreies Einkommen“ gestaltet werden. In der Konsumbesteuerung ist die Steuerfreiheit des Mindestkonsums zu erreichen, indem die bei Erwerb der für den Mindestkonsum erforderlichen Waren und Dienstleistungen anfallende (Mehrwert)Steuer im Voraus oder rückwirkend erstattet wird.



▲ Abb. 2: Preisniveauneutraler Effekt einer Mehrwertsteuererhöhung bei gleichzeitiger Senkung des Nettopreises wegen des Sinkens bestimmter Steuern/Abgaben.

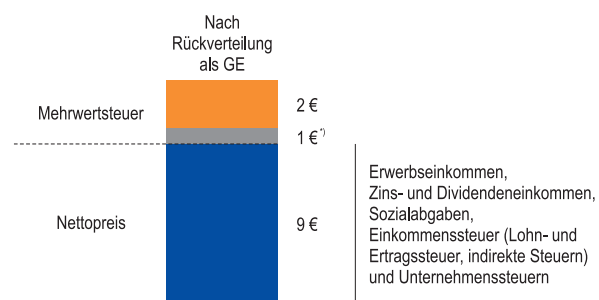
Im weiteren Verlauf können alle übrigen Steuerfreibeträge auf den Konsumsteuerfreibetrag umgestellt - und bisherige Transferzahlungen (z. B. das Kindergeld, Elterngeld, BAföG usw.) substitutiv als Grundeinkommen pro Bürgerinnen und Bürger aus dem Volkseinkommen durch die öffentliche Hand ausgezahlt werden. Die Mehrwertsteuer ist die Steuer für eine globale Arbeitsteilung. Das Grundeinkommen ermöglicht ihren Freibetrag.

Die Hauptaufgaben der Wirtschaft: Produzieren sowie Einkommen und Produktionsmittel (Kapital) generieren

Die erste Aufgabe der Wirtschaft, die Versorgung der Menschen mit Waren und Dienstleistungen, können wir heute dank hoher Produktivität besser erfüllen als je zuvor. Die zweite Aufgabe der Wirtschaft ist, die Menschen mit Einkommen zu versorgen, das ihnen den Bezug der arbeitsteilig und zunehmend automatisiert produzierten Güter und Dienstleistungen erlaubt, auch wenn sie dank gestiegener Produktivität nicht mehr in der Produktionswirtschaft oder produktionsnahen Dienstleistungen tätig sind sondern im Bereich der Kulturarbeit und personennahen Dienstleistungen

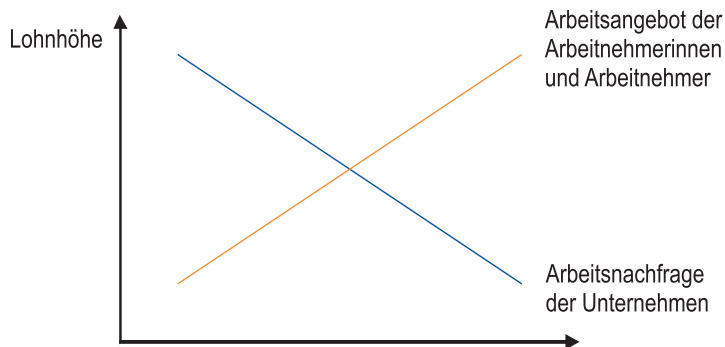
(Familie, Bildung, Pflege, etc.). Die Koppelung von Arbeit und Einkommen ist kennzeichnend für die agrarisch-manufakturielle Subsistenzwirtschaft vergangener Zeiten. Mit der Industrialisierung und Arbeitsteilung sind jedoch die reale Arbeitsleistung und die real konsumierten Waren und Dienstleistungen fast vollständig entkoppelt: Wir konsumieren heute eben nicht die Güter, die wir mit unser eigenen Hände produzieren.

Diese Tatsache muss uns noch bewusster werden. Die realwirtschaftlich bereits vollzogene Entkopplung von Arbeit und Einkommen ist damit nämlich heute auch nominell geboten. Der Industriesektor stellt nicht mehr die Mehrheit der Arbeitsplätze. Seit Mitte der 1970er Jahre befinden sich die Industrienationen auf dem Weg in die nachindustrielle Gesellschaft, die man auch als Kulturgesellschaft bezeichnen könnte. Die Arbeit der Kulturgesellschaft, insbesondere nicht-automatisierbare, zugleich jedoch unverzichtbare Arbeit wie die Familienarbeit, Erziehung, Bildung, Wissenschaft, Forschung, Pflege, Kunst und andere kulturstiftende Tätigkeiten, lassen sich jedoch nicht nach den Prinzipien industrieller Leistungskriterien organisieren, weisungsgebunden durchführen und bezahlen. Heute kommt es zunehmend auf zwischen-



¹ für Grundeinkommen

▲ Abb. 3: Das Grundeinkommen als finanzielle Grundlage der Ermöglichung von Arbeit



▲ **Abb. 4:** Klassische Darstellung des Angebots an und der Nachfrage nach Arbeit(ssstunden) durch sich schneidende Kurven: "Gleichgewicht" im Schnittpunkt

menschliche Zuwendung an. Tätigkeiten auf diesem Feld müssen ermöglicht werden. Durch ein Grundeinkommen werden sie fundiert. Auf dieser Grundlage können die Tätigen nach Belieben und Fähigkeit hinzuverdienen. Je weniger dieser Zuverdienst durch Einkommensteuern belastet wird, desto stärker ist auch der finanzielle Anreiz.

Die Menschen würden auch mit einem Grundeinkommen von netto 600 € [10] weiterhin arbeiten, denn andernfalls würde ein signifikanter Teil der Menschen auch heute schon die Arbeit einstellen, sobald sie 600 € Einkommen erzielt haben. Nur

wenige tun dies - oft nur offiziell, um dann schwarz zu arbeiten. Je geringer die Belastung des Produktionsfaktors Arbeit (makroökonomische Ebene) mit Steuern und Abgaben, desto höher ist der finanzielle Anreiz zur Arbeit (mikroökonomische Ebene). Je weniger Kapital und Einkommen durch Steuern belastet werden, desto mehr können Kapital und Arbeit wohlfahrtssteigernd wirksam werden. Wer macht dann die unliebsamen Arbeiten? Diese müssten entweder selbst erledigt, automatisiert oder, wie der langjährige Herausgeber der Wirtschaftswoche, Wolfram Engels (Kronberger Kreis) bereits 1976 schreibt, „besser bezahlt

werden". [11] In jedem Falle verwirklicht ein Grundeinkommen im Ergebnis die Forderung Ludwig Erhards nach freier Berufswahl.

Nach gängiger Arbeitsmarkttheorie gibt es stets genau einen Schnittpunkt von Arbeitsangebots- und Arbeitsnachfragekurve und damit einen „Gleichgewichtspreis“ (vgl. Abbildung 4). Tatsächlich jedoch müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterhalb einer bestimmten Lohnhöhe ihr Arbeitsangebot ausweiten, um auskömmlich leben zu können (Ortlieb 2004, s. Abb. 5). [12] Hier schneiden sich die Kurven nicht. Das heißt: Es liegt kein "Gleichgewicht" vor. Dann herrscht in einer Volkswirtschaft hohe Beschäftigung, Teile der Erwerbsbevölkerung können jedoch keine auskömmlichen Löhne erzielen. Die gegenwärtige Entwicklung am Arbeitsmarkt, die wirtschaftspolitische Diskussion über Mindestlöhne und die zunehmende Zahl sogenannter „Aufstocker“ (sie erhalten trotz Vollzeitstelle kein auskömmliches Erwerbseinkommen und beziehen zusätzlich Arbeitslosengeld II) können als Anzeichen für ein Vorliegen der in Abbildung 5 beschriebenen Situation interpretiert werden. Nach einer aktuellen Studie der Universität

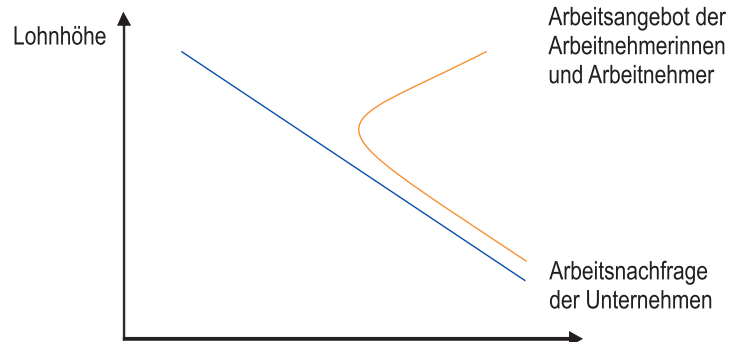
Duisburg-Essen ist die Zahl der im Niedriglohnsektor tätigen Menschen, zunehmend auch Akademiker, auf über 6 Millionen gestiegen. Durch die Einführung eines Grundeinkommens kann das Phänomen working poor beseitigt werden

Grundeinkommen als Grundrecht und die Würde des Menschen

Um die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens realisieren zu können, bedarf es eines Grundeinkommengesetzes. Die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft bietet die Voraussetzung für eine Rahmensetzung, die den Erfordernissen der künftigen Dienstleistungs-, Informations-, Wissens- und Kulturgesellschaft gerecht wird.

Das Grundeinkommen eröffnet zudem eine europäische Perspektive. Der luxemburgische Regierungschef, ehemalige EU-Ratspräsident und möglicherweise erste Präsident der Europäischen Union, Jean-Claude Juncker, fordert: „Wir brauchen in Europa ein Grundeinkommen für alle.“ [13] In einer hochgradig interdependenten Gesellschaft und Wirtschaft ist die Realisierbarkeit von Grundrechten gefährdet, wenn der Einzelne in seiner Würde und Freizügigkeit durch bestimmte Regelungen, zum Beispiel die Sozialgesetzgebung, eingeschränkt ist. Der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf formulierte bereits 1986 und erneuert vor Bundespräsident Köhler anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Friedrich-Naumann-Stiftung im Mai 2008 ein konstitutionelles Anrecht auf Grundeinkommen: „Das garantierte Mindesteinkommen ist so notwendig wie die übrigen Bürgerrechte, also die Gleichheit vor dem Gesetz oder das allgemeine, gleiche Wahlrecht.“ Ein Grundeinkommen als Bürgerrecht realisiert das von Ludwig Erhard geforderte Recht auf freie Berufswahl durchgreifend und nachhaltig.

„Kein Einwand wird mich davon abbringen, zu glauben“, hat Ludwig Erhard das Wirtschaftswunder gegen den Materialismusvorwurf verteidigt, „dass die Armut das sicherste Mittel ist, um den Menschen in den kleinen materiellen Sorgen des Alltags verkümmern zu lassen. Vielleicht mögen Genies sich über solche Drangsale erhe-



▲ Abb. 5: Darstellung des Angebots an und der Nachfrage nach Arbeit (sstunden).

ben; im Allgemeinen aber werden die Menschen durch materielle Kümernisse immer unfreier und bleiben gerade dadurch materiellem Sinnen und Trachten verhaftet.“

Grundeinkommen und Konsumsteuer sind die sozialen Basisinnovationen, damit Initiativentfaltung und materieller Wohlstand für alle gewährleistet ist, um darauf aufbauend die materielle und kulturelle Wohlfahrt in unserem nachindustriellen Gemeinwesen zu ermöglichen.

„... und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen,“

Aus der Präambel der Schweizer Bundesverfassung

Fußnoten

[1] www.tafel.de

„Nicht alle Menschen haben ihr täglich Brot - und dennoch gibt es Lebensmittel im Überfluss. Die Tafeln bemühen sich um einen Ausgleich - mit ehrenamtlichen Helfern, für die Bedürftigen ihrer Stadt. Das Ziel der Tafeln ist es, dass alle qualitativ einwandfreien Nahrungsmittel, die im Wirtschaftsprozess nicht mehr verwendet werden können, an Bedürftige verteilt werden. Die Tafeln helfen so diesen Menschen eine schwierige Zeit zu überbrücken und geben ihnen dadurch Motivation für die Zukunft.“ Abruf: 2008_04_24

[2] WERNER; G. W. (2007) Einkommen für alle

[3] Innerhalb des Wirtschaftslebens darf es zu Leistungswettbewerb, nicht aber zu Behinderungswettbewerb durch einseitige Machtkonzentration kommen. Nach der Freiburger ordoliberalen Schule, der sich auch Erhard verpflichtet fühlte, ist nicht die Bekämpfung der Folgen von Macht sondern ihre Verhinderung von vornherein geboten. Im modernen Staatsleben ist der Staat die einzige Instanz, die Macht ausüben darf - und selbst er ist dabei an das Recht gebunden.

[4] Vgl. Vogel, Diether (1990): Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit 126 f. Vogel war Mitveranstalter der ersten Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, unter Ludwig Erhard.

[5] Als Beispiel hierfür kann der Disput zwischen Gerhard Schröder und Paul Kirchhof im Bundestagswahlkampf 2005 gelten.

[6] In: Braunberger, Gerald (2006): Nur keine Angst, in: Internet unter: <http://www.faz.net/s/RubA5A53ED802AB47C6AFC5F33A9E1AA71F/Doc-E9D9CCCE11B79490FBCC6BB46E746EFFF-ATpl-Ecommon-Scontent.html>.

[7] In der öffentlichen Diskussion ist oft unklar, ob es sich bei den „Lohnkosten“ um die „Kosten für Löhne“ handelt oder um „Kosten für Löhne und Lohnnebenkosten“. Hier werden Lohnkosten als die „Kosten für Löhne und Lohnnebenkosten“ betrachtet.

[8] Hohenleitner, Ingrid und Straubhaar, Thomas (2008): „Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld - mehr als sozialutopische Konzepte“, in: Straubhaar, Thomas: „Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld“, Hamburg 2008, S.51 ff.

[9] Wolfgang Spindler, Präsident des Bundesfinanzhofs in einem Interview mit dem Titel „Stärker pauschalieren“.

[10] Dieser Betrag wird von Thüringens CDU-Ministerpräsident Althaus gefordert: 800 € brutto, abzüglich 200 € Gesundheitspauschale.

[11] Engels (1976): Mehr Markt, 144.

[12] Ortlieb, Claus Peter (2004): Methodische Probleme und Methodische Fehler bei der mathematischen Modellierung in der Volkswirtschaftslehre. In: Hamburger Beiträge zur Modellierung und Simulation, Heft 18 Januar 2004.

[13] Juncker, Jean-Claude (2006): Wir brauchen in Europa ein Grundeinkommen für alle, in: Internet unter: http://www.gouvernement.lu/salle_presse/interviews/2006/11novembre/20juncker_rundschau/index.html.